

über die 14. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 06.07.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Brinja Bures

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Herr Patrick Fuest

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Dr. Florian Klein

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

ab Tagesordnungspunkt ö 4

Frau Ann-Cathrin Nellen

ab Tagesordnungspunkt ö 5

Herr Steffen Pawlik

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Kathrin Sarin

Herr Joris Schüller

Frau Monika Sikora

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Bruno Kosmala

Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Frau Stefanie Rohm
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmeler
Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Herr Martin Frömmer
Herr Friedhelm Haussels
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

Vertretung für Frau Simone Feldmann

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Florian Große-Allermann
Herr Michael Strauss

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Michael Nagy

von der Verwaltung

Frau Simone Feldmann
Frau Gisela Herforth
Herr Marc Steven

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der 13. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 18.05.2016 - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner 1. Unterbrechung	
4	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (18.05.2016) - öffentlicher Teil -	IX/0817
5	Demografiekonzept für die Stadt Monheim am Rhein	IX/0785/1
6	Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner 2. Unterbrechung	IX/0812
7	Umstellung der Verpflegung im Rahmen eines Pilotprojektes am Mensastandort Peter-Ustinov-Gesamtschule auf das Kühlkostsystem (Cook and Chill)	IX/0771
8	Schulhofumgestaltung an der Hermann-Gmeiner-Schule	IX/0768
9	Auflösung der Lise-Meitner-Realschule	IX/0773
10	Entgeltordnung Musikschule	IX/0790
11	Trägerschaft Kindertagesstätte in Modulbauweise an der Bregenzer Straße	IX/0780
12	Änderung der Richtlinien zur FördIXerung der freien Jugendarbeit	IX/0781
13	Grundhafte Sanierung der Straße "Am Wald" - Baubeschluss -	IX/0762
14	Gründung der Monheimer Wohnen GmbH	IX/0787
15	Schulneubau am Berliner Ring -Baubeschluss-	IX/0706
16	Neubau des Moki-Zentrums Heinestraße -Planungsauftrag-	IX/0707
17	Gesamtabschluss 2013	IX/0808
18	Nachwahlen und Nachbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien	IX/0819
19	Antrag der CDU-Fraktion und des Rats Herrn Andreas Wölk - Verfüllung des Geländes am Kielsgraben	IX/0777
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2016 "Externe Untersuchung der VHS-Angebots- und Personalstruktur"	IX/0821

- | | | |
|------|--|-----------|
| 21 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld | IX/0791/1 |
| 22 | Mündliche Mitteilungen | |
| 22.1 | Verfassungsgerichtliches Klageverfahren gegen die Solidaritätsumlage | |
| 23 | Mündliche Anfragen | |
| 23.1 | Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Parkplatz am ehemaligen Krankenhaus" | |
| 23.2 | Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Wasserachse Rheinpark" | |

Sitzungsergebnis:

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 14. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Herr Florian Große-Allermann und Herr Michael Strauß (beide von der PETO-Fraktion) und Herr Michael Nagy – CDU-Fraktion.

Die Ratsmitglieder Frau Ann-Cathrin Nellen und Herr Michael Lück (PETO-Fraktion) werden verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Wegen der vorgesehenen Beratung der Vorlage „Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren seien besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen gewesen. Er bittet um Verständnis.

Unter Hinweis auf die anwesenden Medienvertreter von Presse, Funk und Fernsehen bittet der Bürgermeister die Ratsmitglieder um deren Zustimmung zu Mitschnitten und Aufnahmen. Dieser Bitte wird einstimmig entsprochen.

Anschließend hält der Bürgermeister eine Ansprache zum vierzigsten Jahrestag der Wiedererlangung der Selbständigkeit der Stadt Monheim am Rhein.

„Meine Damen und Herren,

bevor wir uns weiter mit der heutigen Tagesordnung beschäftigen, möchte ich Sie kurz an ein Ereignis aus der jüngeren Stadtgeschichte erinnern, ohne das wir heute wohl alle nicht hier säßen. Vor vierzig Jahren, am 1. Juli 1976, begann das zweite Leben der Stadt Monheim am Rhein. Mit diesem Tag war die anderthalbjährige Eingemeindung nach Düsseldorf vorüber, hatte die Stadt ihre Selbständigkeit zurückerlangt.

Das neue Gemeinwesen bestand allerdings nur noch aus Monheim und Baumberg; Hitdorf blieb bei Leverkusen. Auf der Strecke geblieben war bei der Kommunalen Neugliederung auch der Rhein-Wupper-Kreis, weshalb Monheim als zehnte Stadt in den Kreis Mettmann kam.

Die Neugliederung hatte landesweit viele Kommunen existenziell getroffen. Mehr als hundert riefen den Verfassungsgerichtshof in Münster an, doch nur fünf Klagen waren erfolgreich, darunter die der Stadt Monheim. Das Gericht stellte am 6. Dezember 1975 fest, die Auflösung der Stadt Monheim sei eine unverhältnismäßig harte Maßnahme gewesen. Also musste der Landtag neu entscheiden.

Nach turbulenten Debatten kam es am 19. Mai 1976 zur legendären Abstimmung per Hammelsprung, die mit 103 gegen 88 Stimmen für die Selbstständigkeit Monheims ausging. Der von einigen bis zuletzt favorisierte Zusammenschluss mit Langenfeld war damit erledigt. Das ging insbesondere auf den Einsatz der 1975 erstmals gewählten Abgeordneten Ingeborg Friebe zurück. Dafür erhielt sie den Beinamen „Mutter Courage“.

Die wiedergewonnene Selbstständigkeit nutzte allerdings nicht viel ohne eine funktionsfähige Verwaltung. Deshalb war erst einmal die wichtigste Aufgabe, Personal herbeizuschaffen, denn von den einstmaligen 340 Bediensteten waren nur wenige in der „Bezirksverwaltungsstelle“ im Rathaus an der Alten Schulstraße verblieben.

Es fehlte freilich nicht nur an Personal, sondern auch an Möbeln und Akten. Ein altgedienter Verwaltungsmann griff zur Selbsthilfe. Der spätere Personalratsvorsitzende Johannes Trepels nahm am 2. Juli 1976 eine Schubkarre, fuhr damit in die Landeshauptstadt und packte sie voll mit Monheimer Akten. Von Haus Bürgel bis zum Rathaus schob Trepels seine Karre demonstrativ zu Fuß.

Richtig in Gang kamen Kommunalpolitik und Verwaltungstätigkeit dann nach der Wahl vom 3. Oktober 1976. Ingeborg Friebe wurde Bürgermeisterin, der ehemalige Kämmerer Werner Schmidt Stadtdirektor. Viele Projekte – vom Ausbau der Kanalisation bis zur Fertigstellung des Freibads – mussten fortgeführt oder wiederaufgenommen werden. Am Jahresende 1976 fiel die Bilanz durchaus positiv aus. Alles in allem, so unsere heutige Ehrenbürgermeisterin Ingeborg Friebe in einem Interview, habe Monheim die „Wechselbäder“ der Neugliederung und die „Zeit der Stagnation“ gut überstanden und könne optimistisch in die Zukunft blicken.

Wie die Zukunft der vor uns liegenden Jahre aussehen wird, das verhandeln wir immer wieder aufs Neue. Der große Vorteil ist mit Sicherheit nicht nur, dass wir rechtlich formal selbständig sind, sondern nach vielen finanziell schwierigen Jahren auch wieder finanzielle Selbständigkeit zurückerlangt haben. Sie wissen alle, dass wir erneut vor dem Landesverfassungsgerichtshof klagen. In den Sommerferien ist dort eine Verhandlung angesetzt über den kommunalen Finanzausgleich, den sog. Kommunalsoli, von dem wir bestreiten, dass es gerecht ist, dass wir jedes Jahr zwischen 25 und 30 Mio. Euro in diesen Soli-Topf einzahlen müssen. Und vielleicht hat die Stadt Monheim ein zweites Mal Erfolg in Münster.

Aber auch ein Thema, da möchte ich den Bogen zurückschlagen zu dem, was viele Anwesende heute hergebracht hat, zu der Diskussion über den Bau zweier islamischer Gemeindezentren, beschäftigt uns. So vielfältig die Meinungen zu diesem Thema auch sein können, der große Vorteil ist doch, dass wir diese Sache hier vor Ort entscheiden können, in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern. Dass solche Entscheidungen

nicht in Düsseldorf im Rathaus getroffen werden, sondern tatsächlich hier in der Stadt, da wo sie hingehören. Letzte Woche hat man gesehen mit etwa 750 Beteiligten, die in die Aula gekommen waren und ca. 200 – 300 Menschen, die leider keinen Zugang mehr gefunden haben, dass wir solche Dinge direkt hier vor Ort diskutieren. Hier im Stadtrat, in direkter Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern, über die Zukunft der Stadt und viele Vorhaben und Pläne entschieden zu können, das bedeutet Freiheit. Und auch, dass diese tiefe Zäsur, die die Stadt in ihrer jüngeren Geschichte – in den 70er Jahren, keine Rolle gespielt hat, dass das alles möglich ist, dass die Stadt Monheim heute finanziell und wirtschaftlich sehr gut dasteht, ich glaube, das ist eine Tatsache, die uns zum vierzigsten Jahrestag dieser Wiedererlangung der Selbständigkeit mit Dankbarkeit und Freude erfüllen kann und in diesem Sinne lohnt es sich auf die Ereignisse von damals zurückzublicken.“

Nachdem gegen die vorgelegte Tagesordnung keine Bedenken erhoben werden, wird in Beratungen eingestiegen.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 13. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 18.05.2016 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Martin Schulz, Gachelsweg, trägt ausführlich zu dem geplanten Bauprojekt Leienstraße 7 – 9 vor. Die Fragen betreffen hauptsächlich die Zufahrt zu der geplanten Tiefgarage des vorgenannten Bauprojektes über den Gachelsweg.

Der Bürgermeister nimmt eingehend Stellung und erklärt, dass mit ca. 50 Fahrten pro Tag das erwartete Verkehrsaufkommen als verträglich eingeschätzt werde. Nach der geltenden Richtlinie seien für solche Wohnwege bis zu 150 Fahrzeuge pro Stunde zulässig. Aus diesem Grunde sei kein Handlungs- und Gesprächsbedarf für einen angefragten Ortstermin gegeben gewesen. Er bedauert, dass Herr Schulz keine entsprechenden Informationen erhalten habe.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Schulz in Bezug auf die Kehr- und Räumspflicht teilt der Bürgermeister mit, dass diese unverändert bestehen bleibe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner und erklärt, dass die zweite Fragezeit um 18:00 Uhr oder nach Abhandlung des dann beratenden Tagesordnungspunktes aufgerufen werde.

**4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (18.05.2016) - öffentlicher Teil -
Vorlage: IX/0817**

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

**5 Demografiekonzept für die Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0785/1**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass man das vorgelegte Konzept eher als

Bestandsaufnahme als Konzept betrachte. Diese beziehe sich zumal zu sehr auf die jüngere Generation. Man erwarte von der Verwaltung zeitnahe konkrete Umsetzungspläne im Fachausschuss.

Das vorgelegte Konzept werde zur Kenntnis genommen.

Die SPD-Fraktion werde das Konzept zur Kenntnis nehmen. Man erwarte allerdings, dass der Baustein 6 „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ weiter ausgearbeitet werde.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion nimmt Bezug auf die Beratungen im Ausschuss für Generationen, Kunst, Soziales und Ordnung (GeKuSO). Die Kritik seiner Vorredner könne nicht geteilt werden. Immerhin sei das vorgestellte Konzept im Fachausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen worden.

Auch der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion das vorgelegte Konzept als Bestandsaufnahme betrachte. Die erforderlichen Handlungsempfehlungen zur Umsetzung fehlten noch.

Der Bürgermeister entgegnet auf seine Vorredner und äußert die Auffassung, dass das Konzept nicht zu wenige Maßnahmen für Ältere enthalte. Demografie dürfe im Übrigen nicht als reine Betrachtung der Situation Älterer missverstanden werden, sondern müsse vielfältiger betrachtet werden. Sein Demografieverständnis umfasse alle Altersgruppen. Im GeKuSO sei deutlich geworden, dass Monheim zu den Demografiegewinnern gehöre. Er sagt zu, dass die vorgestellten Ansätze des Konzeptes kontinuierlich weiterverfolgt werden sollen.

In der anschließenden Diskussion stellt der Sprecher der CDU-Fraktion heraus, dass alle anderen Fraktionen, außer der PETO, zum Ausdruck gebracht hätten, dass das vorgelegte Konzept nicht als solches angesehen werde. Durch den Fachausschuss sei ein solches beauftragt worden. Die Umsetzung durch die Verwaltung sei nicht durchgeführt worden.

Zu seinem Vorredner nimmt der Bürgermeister eingehend Stellung. Bei der Erstellung des Konzeptes seien die Handlungsfelder der Bertelsmann-Stiftung als Orientierung herangezogen und diese als Checkliste zugrunde gelegt worden. Die vorgestellten Handlungsfelder würden nach und nach abgearbeitet. Er wirft den Kritikern vor, keine konkreten Aussagen dazu zu treffen, was im Konzept vermisst werde.

Er stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss

1. Das vorgelegte Demografiekonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt hinsichtlich der aufgezeigten Handlungsempfehlungen adäquate Realisierungsvorschläge zu entwickeln und dem Rat und seinen Ausschüssen in späteren Sitzungen zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen: 24 PETO, 6 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 1 LINKE, 1 BM
2 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grüne

einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt

**6 Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer
Gemeindezentren
Vorlage: IX/0812**

Der Bürgermeister erklärt, dass am vergangenen Montag zwischen den Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen, den beiden Einzelratsmitgliedern und ihm ein Gespräch zu dem Thema Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren stattgefunden habe. Aufbauend auf einen Initiativantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen sei jetzt ein gemeinsames Papier erarbeitet worden, das den Fahrplan für die zukünftigen Arbeitsschritte festlegen soll. Die Initiatoren hätten deutlich gemacht, dass grundsätzliche Anerkennung für die Arbeit der islamischen Gemeinden bestehe. Allerdings seien mehr und weitergehende Informationen gewünscht worden.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die am vergangenen Donnerstag in der Aula durchgeführte Bürgerbeteiligung hin, in der manches Missverständnis hätte ausgeräumt und viele Befürchtungen hätten beseitigt werden können. Das geplante Konzept sei in aller Ausführlichkeit vorgestellt worden.

Abschließend äußert er den Wunsch, dass mit dem vorgelegten Arbeitsprogramm, dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und der Einzelratsmitglieder, eine große Übereinkunft bei diesem Thema erzielt werden könne.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion äußert zunächst ihr Bedauern darüber, dass die Sitzung unter großen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden muss. Sie befürworte, dass durch die Bürgerinnen und Bürger viele Nachfragen zu den Vorhaben gestellt würden. Wenig Verständnis habe sie für die erschreckenden Beleidigungen, die dem Bürgermeister, der Verwaltung und auch ihrer Fraktion in hohem Maße zugegangen seien. Absender dieser tendenziell rechtsgerichteten Äußerungen seien aus dem gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen gewesen. Man dürfe diesen Tendenzen nicht das Ruder überlassen. Abschließend äußert auch sie die Hoffnung, dass es zu diesem Thema nach der Sommerpause zu einer breiten überparteilichen Zustimmung komme.

Mit einem Dank an die einleitenden Worte des Bürgermeisters erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion, dass man sich nach seiner Auffassung jetzt erkennbar auf dem richtigen Weg befinde. Nicht die Angelegenheit an und für sich, sondern das gewählte Verfahren sei zu bemängeln gewesen. Bei Maßnahmen mit dieser enormen Bedeutung wäre es wünschenswert gewesen, den Weg von Beginn an gemeinsam zu gehen. Mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag werde der Weg eröffnet, die Verwaltungsvorlage zu überprüfen und ggf. zu ändern. Man könne optimistisch in die Zukunft blicken und wünsche sich, dass letztendlich eine große Übereinstimmung im Rat erreicht werden könne.

Mit dem heutigen gemeinsamen Antrag werde der richtige Weg für eine solch eminent wichtige Entscheidung für die Stadt Monheim am Rhein eingeschlagen, stellt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen fest. Grundsätzlich werde die Idee für den Bau von islamischen Gemeindezentren begrüßt. Durch die in den nächsten Wochen zu führenden Diskussionen erhoffe man, umfangreiche und ausführliche Informationen zu gewinnen.

Man blicke auf zwei bewegte Wochen zurück, erklärt eingangs seines Wortbeitrags der Sprecher der CDU-Fraktion und weist auf das Gespräch vom vergangenen

Montag hin, welches den heute vorgelegten gemeinsamen Antrag als Ergebnis habe. Auch durch ihn wird das zunächst durch den Bürgermeister angedachte Verfahren bemängelt. Der heutige Neubeginn werde ausdrücklich begrüßt und das weitere Vorgehen wohlwollend und ergebnisorientiert begleitet.

Ratsherr Wölk - FDP - begrüßt den gemeinsamen Antrag als gemeinsame Arbeitsgrundlage.

Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass er von seinem Vorschlag überzeugt sei und hoffe, eine breite Basis für die Vorhaben gewinnen zu können.

Die gemeinsame Beschlussfassung der Fraktionen und der fraktionslosen Ratsmitglieder sei weitergehend als die Beschlussvorlage der Verwaltung. Deshalb werde zunächst über diese abgestimmt, erklärt der Bürgermeister bevor er zur Abstimmung aufruft.

Dem Beschluss wird einstimmig zugestimmt, so dass eine Abstimmung über die Verwaltungsvorlage entfällt.

Gemeinsame Beschlussempfehlung der Fraktionen und der fraktionslosen Einzelratsmitglieder

*zu Tagesordnungspunkt 6 der Sitzung des Rates der Stadt Monheim a. Rh. am
06.07.2016*

„Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren“

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein erkennt die positive Arbeit der beiden Monheimer islamischen Gemeinden für ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen Religionen in unserer Stadt als wichtigen Bestandteil des sozialen und kulturellen Lebens in Monheim am Rhein an.
2. Die Einrichtungen der beiden islamischen Gemeinden sind über Jahre hinweg in ehrenamtlicher Arbeit, entsprechend der jeweiligen Möglichkeiten in Eigenleistung aufgebaut worden und haben mittlerweile die Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Standorte ausgereizt. Die Gebetsräume sind an ihrer Kapazitätsobergrenze angekommen, Räume für die Jugend, Weiterbildung und Gruppenarbeit fehlen gänzlich. Es gibt zu wenige Parkplätze für die Besucher der Einrichtungen, insbesondere dadurch kommt es immer wieder zu Konflikten. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein versteht daher das Ansinnen der islamischen Gemeinden nach einer deutlichen Verbesserung ihrer Situation.
3. Der Rat der Stadt Monheim beauftragt die Verwaltung daher, die Gespräche mit den islamischen Gemeinden fortzusetzen und dem Rat und seinen Ausschüssen im ersten Sitzungslauf nach den Sommerferien eine um folgende Punkte erweiterte Beschlussvorlage vorzulegen:
 - Für jede Gemeinde ist eine genaue Bedarfsanalyse durchzuführen. Sie soll Auskunft über die prognostizierte Entwicklung der islamischen Gemeinden und den daraus resultierenden Flächen-, Gebäude- und Stellplatzbedarf geben. Die Gemeinden werden gebeten, Konzepte für ihre Arbeit in den neuen Gemeindezentren vorzulegen.
 - Neben den beiden von der Verwaltung vorgeschlagenen Grundstücken sollen alle weiteren Grundstücksvorschläge, die in einem erweiterten

interfraktionellen Gespräch benannt werden, auf ihre Eignung zum Bau der geplanten Gemeindezentren überprüft werden. In die Prüfung aller Grundstücke ist ihre jeweilige Nutzbarkeit für städtische Gemeinbedarfszwecke, für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzungen einzubeziehen.

- Die Gemeinden werden gebeten, Finanzierungspläne für den Bau ihrer Gemeindezentren vorzulegen, aus denen der aufzubringende Eigenanteil, die erwarteten Spendengelder und eine etwaige Finanzierungslücke ersichtlich sind. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein sagt den Gemeinden eine wohlwollende Prüfung ihrer Anliegen im Verhältnis zur Förderung vergleichbarer Gruppen zu.
4. Die Vorberatung der überarbeiteten Beschlussvorlage erfolgt im Integrationsrat, im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung und im Haupt- und Finanzausschuss. Es erfolgt eine weitere Bürgerbeteiligung.

einstimmig zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schließt den zweiten Teil der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

- 7 Umstellung der Verpflegung im Rahmen eines Pilotprojektes am Mensastandort Peter-Ustinov-Gesamtschule auf das Kühlkostsystem (Cook and Chill)**
Vorlage: IX/0771

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojektes die Einführung des Cook and Chill Verpflegungssystems an der durch die Peter-Ustinov-Gesamtschule und die Schule am Lerchenweg genutzte Mensa zu prüfen.

einstimmig zugestimmt

- 8 Schulhofumgestaltung an der Hermann-Gmeiner-Schule**
Vorlage: IX/0768

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulhofgestaltung auf Basis der beigefügten Planung umzusetzen.
2. Gemäß § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen bei der Maßnahme I4001.012 im Produkt 03.01.01 (Grundschulen) in Höhe von 89.000 € erteilt. Zur Deckung der Kosten in Höhe von 89.000 € werden Erstattungsmehrleistungen aus dem Einheitslastenabrechnungsänderungsgesetz (ELAGÄndG) herangezogen.

einstimmig zugestimmt

9 Auflösung der Lise-Meitner-Realschule

Vorlage: IX/0773

Beschluss

1. Die städtische Lise-Meitner-Realschule, Erich-Klausener Straße 3 in 40789 Monheim am Rhein wird zum 31.07.2016 vollständig aufgelöst.
2. Der Rat nimmt Kenntnis von der Vereinbarung mit der Stadt Düsseldorf.

einstimmig zugestimmt

10 Entgeltordnung Musikschule

Vorlage: IX/0790

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule gemäß Anlage 1. Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

11 Trägerschaft Kindertagesstätte in Modulbauweise an der Bregenzer Straße

Vorlage: IX/0780

Beschluss

1. Dem AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. wird die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kindertagesstätte in Modulbauweise am Standort Linzer Straße/Bregenzer Straße übertragen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landschaftsverband Rheinland/Landesjugendamt.
2. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt den gesetzlichen Trägeranteil (derzeit in Höhe von 9%) bezogen auf die vorgesehenen 4 Kita-Gruppen ab Inbetriebnahme und für die Dauer der Laufzeit der Übergangslösung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt die für Trägerschaft und Betrieb der Einrichtung notwendigen Verträge mit dem AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

12 Änderung der Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit

Vorlage: IX/0781

Beschluss

Die Richtlinien zur Förderung der freien Jugendarbeit in Monheim am Rhein werden lt. der als Anlage beigefügten Synopse beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**13 Grundhafte Sanierung der Straße "Am Wald" - Baubeschluss -
Vorlage: IX/0762**

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Stadtverwaltung mit der Durchführung der grundhaften Erneuerung der Straße „Am Wald“.

einstimmig zugestimmt

**14 Gründung der Monheimer Wohnen GmbH
Vorlage: IX/0787**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und gibt den Hinweis auf die umfangreiche Präsentation im Haupt- und Finanzausschuss.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage begrüße, zumal Nachfragen im Haupt- und Finanzausschuss zufriedenstellend beantwortet worden seien.

Man rege allerdings die Einrichtung eines Mieterbeirates an.

Diese Anregung werde aufgenommen, erklärt der Bürgermeister. Da es noch keine Mieter gäbe, sei es allerdings noch zu früh, schon jetzt über die Modalitäten einer Beteiligung zu sprechen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen regt die Nutzung von Öko- oder Solarstrom bei den zu errichtenden Wohnbauten an.

Die PETO-Fraktion begrüße ausdrücklich die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft, erklärt die Sprecherin der Fraktion.

Beschluss

1. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH (MVV) gemäß § 108 Abs. 6 lit. a) GO NRW i. V. mit § 113 Abs. 1 GO NRW werden angewiesen, die erforderlichen Beschlüsse zur Gründung der Monheimer Wohnen GmbH in Kenntnis des als Anlage 4 beigefügten Gesellschaftervertrages zu fassen, Beurkundungen zu tätigen und Verträge abzuschließen, damit die MVV gemäß § 41 Abs. 1 lit. I) GO NRW die Monheimer Wohnen GmbH gründen kann. Die MVV übernehmen hierbei einen Geschäftsanteil in Höhe von 99 v.H. der Monheimer Wohnen GmbH (vormals BHKW Monheim Verwaltungs GmbH).
2. Der Rat stimmt der Gründung der Monheimer Wohnen GmbH in Kenntnis des als Anlage 4 beigefügten Gesellschaftervertrages zu und ermächtigt den

Bürgermeister, die erforderlichen Beschlüsse zur Gründung der Monheimer Wohnen GmbH zu fassen, Beurkundungen zu tätigen und Verträge abzuschließen. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt hierbei einen Geschäftsanteil in Höhe von 1 v.H. der Monheimer Wohnen GmbH (vormals BHKW Monheim Verwaltungs GmbH).

3. Die für die Gründung und Übernahme der Stammeinlage für die Monheimer Wohnen GmbH benötigten Mittel in Höhe von EUR 99.000,- werden von Seiten der Stadt der MVV als Eigenkapitalaufstockung zur Verfügung gestellt. Hierfür wird gem. § 83 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen bei der Maßnahme I9000.005 (Beteiligung MVV) im Produkt 16.01.00 (Allgemeine Finanzwirtschaft) in Höhe von 99.000 € erteilt.
Zur Deckung der Kosten in Höhe von 99.000,- € werden Minderaufwendungen bzw. Minderauszahlungen im Rahmen der Unterhaltung der Landstraßen (Produkt 12.01.00 – Öffentliche Verkehrsfläche und –anlagen, Sachkonto 5216000 bzw. 7216000) herangezogen.
4. Der Bürgermeister nimmt die Rechte der Stadt Monheim am Rhein als Gesellschafterin mit einem Geschäftsanteil von 1 v.H. in der Gesellschafterversammlung der Monheimer Wohnen GmbH wahr.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zur Übertragung der Grundstücke „Unter den Linden“ sowie „Sophie-Scholl-Quartier“ an die städtische Wohnungsbaugesellschaft als Eigenkapitalausstattung vorzubereiten.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Eigenkapitalausstattung der Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von 29,0 Mio. € entsprechend Wirtschaftsplan jeweils fristgerecht vorzubereiten.

einstimmig zugestimmt

**15 Schulneubau am Berliner Ring
-Baubeschluss-
Vorlage: IX/0706**

Beschluss

1. Der Schulneubau am Berliner Ring ist entsprechend der beigefügten Planung als Ergänzungsbauwerk für das Otto-Hahn-Gymnasium sowie die Sekundarschule auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter der Investitionsnummer I 7102.085 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 18.500.000 Euro für die KG 200-700 nach DIN 276.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen: 24 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM
6 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

**16 Neubau des Moki-Zentrums Heinestraße
-Planungsauftrag-
Vorlage: IX/0707**

Beschluss

1. Am Standort Heinestraße 6 soll der Neubau des Mo.Ki-Zentrums entstehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen und anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.084 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 6,94 Mio. € abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 0,5 Mio. €, so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 6,44 Mio. € im Rahmen des Haushalts 2017 noch bereit zu stellen sind.

einstimmig zugestimmt

**17 Gesamtabschluss 2013
Vorlage: IX/0808**

Frau Noll erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation* den Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2013.

*Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister richtet seinen Dank an die Kämmerin und die Beschäftigten der Finanzabteilung.

Ratsherr Wölk - FDP – bittet zukünftig um frühere Zustellung der Unterlagen.

Beschluss

Der Rat nimmt den nach § 116 GO NRW durch die Kämmerin aufgestellten und durch den Bürgermeister bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein zum 31.12.2013 zur Kenntnis.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Monheim am Rhein von der Möglichkeit der Anwendung des durch den Landtag Nordrhein-Westfalen am 24.06.2015 beschlossenen „Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ Gebrauch macht und der Anzeige des Gesamtabschlusses des Haushaltsjahres 2015 die Gesamtabschlüsse der Haushaltsjahre 2011 bis 2014 in der vom Bürgermeister bestätigten Entwurfsfassung beifügen wird.

einstimmig zugestimmt

**18 Nachwahlen und Nachbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien
Vorlage: IX/0819**

Eingangs weist der Bürgermeister auf die korrigierte Anlage 1 hin, die mit Schreiben vom 04.07.2016 zum Austausch zugesandt worden sei.

Außerdem gibt der Bürgermeister noch den Hinweis, dass im Ausschuss für Schule und Sport eine Nachbesetzung erforderlich ist. Für das ausgeschiedene stellvertretende Mitglied der Lehrerschaft, Herrn Ralf Griesmann, soll Frau Heike Meis (stellvertretende Schulleiterin der Peter-Ustinov-Gesamtschule) nachrücken. Die Anlage 1 der Beschlussvorlage ist entsprechend zu ergänzen.

Beschluss mit Ergänzungen

Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien wird gemäß der beigefügten Anlage 1 beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**19 Antrag der CDU-Fraktion und des Rats Herrn Andreas Wölk - Verfüllung des
Geländes am Kielsgraben
Vorlage: IX/0777**

Der Bürgermeister stellt eingangs fest, dass Übereinstimmung hinsichtlich der weiteren Nutzung des Geländes am Kielsgraben bestehen würde. Derzeit werde ein Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan durch den geltenden Planfeststellungsplan gehindert.

Er schlägt folgenden präzisierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung vor:
„Die Verwaltung wird beauftragt, das Bebauungsplanverfahren 121 M „Am Kielsgraben“ zur Sportplatznutzung in Abstimmung mit der zuständigen Planfeststellungsbehörde und den Grundstückseigentümern weiter voranzutreiben.“

Der Sprecher der antragstellenden CDU-Fraktion und das Einzelratsmitglied Herr Wölk stimmen dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag zu und betonen nochmals die ihrer Auffassung nach gebotene Eilbedürftigkeit der Angelegenheit.

Sprecher der Fraktionen von PETO und SPD erklären, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, das Bebauungsplanverfahren 121 M „Am Kielsgraben“ zur Sportplatznutzung in Abstimmung mit der zuständigen Planfeststellungsbehörde und den Grundstückseigentümern weiter voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei 2 Enthaltungen von Bündnis90/Die Grünen

**20 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2016 "Externe Untersuchung der VHS-
Angebots- und Personalstruktur"
Vorlage: IX/0821**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion bezieht sich auf die schriftliche Begründung und betont, dass die VHS eine wertvolle Einrichtung der Stadt Monheim am Rhein sei und eine positive Weiterentwicklung dringend erforderlich sei. Dafür werde eine externe Untersuchung, die am Ende Vorschläge für die zukünftige Weiterführung mache, als unbedingt wichtig angesehen. Die interne Befragung sei hierbei einzubeziehen.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf den bereits erteilten Projektauftrag in der VHS, der bereits zu den bisherigen bekannten Maßnahmen auf Leitungsebene der VHS geführt habe. Wenn der Antrag der SPD-Fraktion laute, zusätzlich zu den internen Aufarbeitungen, die bereits seit einigen Monaten laufen, diese durch externe Begleitung zu unterstützen, so könne die Verwaltung die Empfehlung aussprechen, diesem Antrag zuzustimmen.

Sowohl die Sprecherin der PETO-Fraktion als auch der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen signalisieren die Unterstützung des Antrages.

Beschluss

Die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein wird durch ein externes Institut untersucht.

Diese Untersuchung erfolgt zusätzlich zu dem bereits erteilten internen Projektauftrag in der VHS unter Berücksichtigung der Kriterien des Weiterbildungsgesetzes NRW, unter Aspekten der Angebots- und Personalstruktur, der örtlichen Bedarfsorientierung und Weiterentwicklung sowie unter Einbeziehung eines entstehenden Demografiekonzeptes.

Dabei sind auch die Ergebnisse einer bis zum August 2016 durchgeführten Befragung von etwa 400 Monheimer Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich ihrer Bindung und Wünsche an die Volkshochschule Monheim einzubeziehen.

Einer entsprechenden Bestandsaufnahme sollen Überlegungen und Vorschläge zu einer längerfristigen, innovativen und bedarfsgerechten örtlichen Angebotsentwicklung folgen.

Sollte es nicht möglich sein, die Kosten für diese Untersuchung aus dem Budget des Fachbereiches zu tragen, sind entsprechende Haushaltsmittel aus Mehreinnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen des laufenden Kalenderjahres bereitzustellen.

einstimmig zugestimmt

**21 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld
Vorlage: IX/0791/1**

Der Bürgermeister weist auf die Empfehlung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr hin. Es sei bekannt, dass die Stadt Langenfeld dieses Vorhaben nicht positiv bewerte.

Aus diesem Grund schlage er einen geänderten und ergänzten Beschluss vor. Der Beschlussvorschlag soll lauten:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Stadt Langenfeld für die Einrichtung einer Fahrradstation am Langenfeld S-Bahnhof zu werben und unabhängig vom Ausgang dieser Gespräche die im Radverkehrskonzept der Stadt Monheim am Rhein vorgesehene Entwicklung einer Fahrradstation auf Monheimer Stadtgebiet weiter voranzutreiben.“

Dieser Beschlussvorschlag wird durch den Sprecher der antragstellenden Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass man der Beschlussvorschläge zustimmen werde und bringt gleichzeitig seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Stadt Langenfeld in dieser Angelegenheit doch noch zum Einlenken bewegt werden könne.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Langenfeld weitere Gespräche zu führen, um die Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer gemeinsamen Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld zu prüfen. Das Ergebnis ist bis zum Ende dieses Jahres im Fachausschuss darzustellen.

einstimmig zugestimmt

22 Mündliche Mitteilungen

22.1 Verfassungsgerichtliches Klageverfahren gegen die Solidaritätsumlage

Der Bürgermeister teilt mit, dass in dem vor dem Verfassungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen anhängigen Klageverfahren gegen die durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes eingeführte Solidaritätsumlage der Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt worden sei.

Der Termin findet am Dienstag, 26.07.2016, 10:30 Uhr in Münster statt.

Er bietet den Ratsmitgliedern an, die Vertreter der Verwaltung zu diesem Termin zu begleiten. Bis Freitag, 08.07.2016 könne sich im Vorstandsbüro angemeldet werden.

23 Mündliche Anfragen

23.1 Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Parkplatz am ehemaligen Krankenhaus"

Herr Schumacher nimmt Bezug auf Informationen der Verwaltung in der Vergangenheit, wonach eine Öffnung des Krankenhausparkplatzes aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht möglich sei. In den vergangenen Wochen sei zu beobachten gewesen, dass ein Kamerateam den Parkplatz genutzt habe. Er fragt nach, ob sich an der Situation etwas geändert habe.

Der Bürgermeister antwortet, dass es leider noch Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen mit der Katholischen Kirche gäbe. Die Situation hinsichtlich des Parkplatzes stelle sich so dar, dass der Eigentümer die Freigabe zwar erklärt habe, allerdings unter Voraussetzung der Übernahme der kompletten Verkehrssicherungspflicht durch die Stadt. Die Garantie der Verkehrssicherungspflicht für die Öffentlichkeit könne durch die Stadt nicht erfüllt

werden, ohne vorher umfangreiche Herstellungsmaßnahmen durchzuführen. Dies sei in Anbetracht der zukünftigen Nutzung des Geländes derzeit nicht beabsichtigt. Anders sei die Situation zu bewerten, wenn der Eigentümer des Parkplatzes und ein Dritter sich auf eine vorübergehende Nutzung unter den gegebenen Voraussetzungen geeinigt hätten.

23.2 Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Wasserachse Rheinpark"

Ratsherr Schumacher fragt nach, warum die Wasserachse im Rheinpark stillgelegt worden sei.

Der Bürgermeister weist auf erhebliche Probleme bei der Reinigung der Platten hin. Die bisherige Reinigung mit Hochdruck mache die Platten rau und Algen würden noch schneller als vorher anhaften.

Nachdem der Bürgermeister ihm das Wort erteilt hat, berichtet Herr Apsel, dass für das Jahr 2017 geplant sei, die Anlage auf ein Umlaufsystem umzustellen. Außerdem solle eine Lackierung der Platten erfolgen, die eine Anhaftung von Algen erschwere.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den zahlreichen anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

Vor Beginn des nichtöffentlichen Teils wird die Sitzung bis 19:00 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin